

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 151

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/287

Fortwährende, rechtswidrige und undemokratische Besetzung der Ausschussvorsitze in der Stadt Liebenwalde

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern und für Kommunales die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Entgegen der eindeutigen und nicht interpretationsfähigen Festlegung durch § 43 Abs. 5 BbgKVerf werden die Vorsitze der Fachausschüsse der Stadtverordnetenversammlung Liebenwalde seit der Kommunalwahl 2014 nicht nach dem D'Hondt-Höchstzahlverfahren besetzt. Unter kompletter Ignorierung der Fraktionen der Opposition werden die Ausschussvorsitzenden jeweils getrennt in den Ausschüssen gewählt und der SVV zur Bestätigung vorgeschlagen. Das hat zur Folge, dass durch die CDU/FDP-Mehrheit und einige unterstützende Stadtverordnete in den Fachausschüssen und der SVV deren Kandidaten als Vorsitzende der Fachausschüsse durchgesetzt werden. Damit haben alle Fachausschüsse einen Vorsitz aus der Fraktion CDU/FDP.

Die Fraktionen der SVV sind wie folgt:

CDU/FDP:	6 Sitze
LGU:	3 Sitze
BfL:	3 Sitze
SPD:	2 Sitze
LINKE:	2 Sitze

Trotzdem wurden alle Vorsitze - wie bereits erwähnt - in der ersten Sitzung der SVV an die Fraktion CDU/LGU vergeben. Trotz mehrfacher Beschwerden einzelner Stadtverordneter bzw. kleinerer Fraktion verweigert der Bürgermeister samt der SVV-Mehrheit die gesetzliche Besetzung der Fachausschussvorsitze. Um diesem gesetzwidrigen Verhalten den Schein der Legalität zu geben, wurde bereits in der letzten Wahlperiode die Geschäftsordnung mehrheitlich durch die SVV dahingehend geändert, dass die Ausschussvorsitze entgegen dem § 43 Abs. 5 BbgKVerf gewählt werden, so dass die Chancen der Oppositionsfraktionen bei der Besetzung der Ausschussvorsitze komplett ausgeschaltet sind. Die damalige Änderung der Geschäftsordnung wurde unter krassem Verstoß gegen die Kommunalverfassung beschlossen und die Kommunalaufsicht sah auch keinen Handlungsbedarf.

Es handelte sich nicht um eine einstimmige Änderung, sondern einen Mehrheitsbeschluss unter vorsätzlicher Missachtung demokratischer Minderheitenrechte. Selbst jetzt in der neuen Wahlperiode hat der Bürgermeister samt der ihn tragenden Mehrheit wieder in der SVV die Geschäftsordnung mit den bisherigen Fehlern bestätigen lassen und auch die Kommunalaufsicht hat nicht die Chance genutzt, hier auf eine Korrektur zu drängen.

Vorbemerkung der Landesregierung: Die vom Fragesteller in der Vorbemerkung dargestellte Sach- und Rechtslage ist unrichtig.

§ 43 Absatz 5 Satz 9 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) erlaubt es, anstelle des in Satz 1 bis 8 normierten Höchstzahlverfahrens durch Regelung in der Geschäftsordnung ein abweichendes Verfahren vorzusehen; das Stärkeverhältnis der Fraktionen soll hierbei berücksichtigt werden. Die Regelung durch Geschäftsordnung setzt keine einstimmige Abstimmung voraus. Darüber hinaus kann die Gemeindevertretung nach Satz 10 einstimmig - also auch ohne Regelung in der Geschäftsordnung - ein anderes Verfahren beschließen.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Liebenwalde hat auf ihrer konstituierenden Sitzung am 20. Juni 2019 eine Neufassung ihrer Geschäftsordnung beschlossen. Diese enthält in § 16 Absatz 4 folgende Regelung:

(4) Die Vorsitzenden der Fachausschüsse werden von den Ausschussmitgliedern in der ersten Sitzung des Fachausschusses gewählt. Die Besetzung der Vorstände sowie das Vorschlagsrecht für die Fachausschüsse erfolgen entsprechend der Fraktionsstärke. Bei gleichen Höchstzahlen entscheidet das Los, sofern die betroffenen Fraktionen keine Einigung erzielen.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Liebenwalde hat damit von der gesetzlichen Befugnis des § 43 Absatz 5 Satz 9 BbgKVerf Gebrauch gemacht, ein abweichendes Verfahren vorzusehen. Hierbei wird auch das Stärkeverhältnis der Fraktionen berücksichtigt, so dass die Geschäftsordnung hier nicht gegen höherrangiges Recht verstößt.

Ob die Besetzung der Ausschussvorsitze entsprechend der Regelungen der Geschäftsordnung erfolgte, konnte durch die zuständige Aufsichtsbehörde, den Landrat des Landkreises Oberhavel, in der für die Beantwortung zur Verfügung stehenden Zeit nicht ermittelt werden. Bei Verstößen gegen die Geschäftsordnung ist die Aufsichtsbehörde wegen deren fehlender Außenrechtswirkung jedoch auch nicht berechtigt und verpflichtet, über die Einhaltung der Geschäftsordnung zu wachen. Nur dann, wenn sich der Verstoß gegen die Geschäftsordnung gleichzeitig als Verstoß gegen gesetzliche Vorschriften darstellt, wäre ein Einschreiten möglich. Gegen die Verletzung ihrer innergemeindlichen Rechte könnte die betroffene Fraktion jedoch im Wege eines sogenannten Kommunalverfassungsverfahrens vorgehen.

Frage 1: Wie kann es sein, dass in der SVV Liebenwalde seit über einer Wahlperiode derart offensichtlich gegen die Bestimmungen der Kommunalverfassung verstoßen wird?

zu Frage 1: Ein Verstoß gegen die Bestimmungen der Kommunalverfassung ist nicht erkennbar. Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen. Zur Sach- und Rechtslage in der abgelaufenen Legislaturperiode wird auf die Antworten der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 1201 (Drucksache 6/3032), die mündliche Anfrage in der Landtagssitzung am 16. Dezember 2015, die Dringliche Anfrage in der Landtagssitzung am 21. Januar 2016, die mündliche Anfrage in der Landtagssitzung am 27. April 2016 und die mündliche Anfrage in der Landtagssitzung am 28. September 2016 verwiesen.

Frage 2: Wie ist es möglich, dass die Kommunalaufsicht des Landkreises Oberhavel als allgemeine untere Landesbehörde diesen Zustand nach wie vor duldet und trotz Hinweisen und Beschwerden seit mittlerweile fast 6 Jahren nicht gehandelt hat?

zu Frage 2: Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

Frage 3: Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, um die korrekte Anwendung von Landesrecht in Liebenwalde durchzusetzen?

zu Frage 3: Nach § 110 Absatz 1 BbgKVerf führt der Landrat als allgemeine untere Landesbehörde die Aufsicht über die kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Die Kommunalaufsicht über die Stadt Liebenwalde obliegt daher dem Landrat des Landkreises Oberhavel. Der Landrat hat zu keiner Zeit einen rechtswidrigen Zustand geduldet. Die Voraussetzungen für eine Weisung im Sinne des § 110 Absatz 3 BbgKVerf liegen nicht vor.

Frage 4: Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass die Besetzung der Ausschussvorsitze nach dem D'Hondt-Verfahren auch dazu dienen soll, der politischen Opposition angemessene Mitwirkungsrechte durch die Inanspruchnahme von Ausschussvorsitzen einzuräumen?

zu Frage 4: Für Ausschüsse repräsentativer Vertretungskörperschaften gilt, dass wegen der Vorverlagerung der Arbeit vom Plenum in die Ausschüsse diese grundsätzlich ein verkleinertes Abbild des Plenums sind und in ihrer Zusammensetzung das in ihm wirksame politische Meinungs- und Kräftespektrum widerspiegeln (Grundsatz der Spiegelbildlichkeit). Das Verfahren zur Besetzung der Ausschussvorsitze gemäß § 43 Absatz 5 Satz 1 bis 8 BbgKVerf stellt dies sicher. Zu den Regelungen des § 43 Absatz 5 Satz 9 und 10 wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

Frage 5: Wird diesem Mitwirkungsrecht noch ausreichend Genüge getan, wenn alle ausschussvorsitze nur von einer Fraktion gestellt werden, deren Wahlergebnis im Mai 2019 bei 35,66 % lag?

Frage 6: Wann werden rechtsstaatliche Zustände hergestellt und warum wird seit Jahren nicht reagiert? Bitte nicht auf den Mantel der vorgeblichen „kommunalen Selbstverwaltung“ verweisen. Es geht um Wahrung rechtsstaatlich gebotener Minderheitenrechte und die Sicherstellung einer nach verfassungsgemäßen Prinzipien arbeitenden kommunalen Selbstverwaltung.

zu den Fragen 5 und 6: Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen.